

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim März 2017, 26. Jahrg.

Schwere Entscheidungen innerhalb der Barnimer Sparkasse: Fünf Filialen im Barnim sollen geschlossen werden, u.a. in Groß Schönebeck, Britz und Lunow. Dagegen rührt sich örtlich berechtigter Protest. Denn die Sparkasse als öffentlich-rechtliches, und damit kommunales Unternehmen hat eine besondere Aufgabe. Es ist schwer, alle Interessen abzuwägen. Die LINKE im Kreistag will Dienstleistungen vor Ort erhalten.

**Lesen Sie dazu Pro und Contra-Argumente auf Seite 5.**

## Schließung von Sparkassenfilialen



Diese Sparkassenfiliale in Groß Schönebeck soll geschlossen werden. Foto: pb

## In dieser Ausgabe

### Nachhaltigkeit

Über eine Zukunft, die „enkeltauglich“ sein soll, sprach Dagmar Enkelmann mit der Landtagsabgeordneten Anita Tack. .... **2**

### Visionen, die sich lohnen

Stadtverordnete Margitta Mächtig wirbt für ein Leitbild für Biesenthal. .... **3**

### Oberstufenzentrum zieht um

Die Ausbildung der Sozialberufe wird nach Eberswalde verlegt, erst ab 2018/2019. .... **3**

### Rente rauf statt Altersarmut

In Ahrensfelde wurde das Rentenkonzept der LINKEN vorgestellt. Ein Bericht von Christina Emmrich. .... **4**

### Zukunftssichere Bildung

In Panketal geht es um die Perspektive der weiterführenden Schulen, erläutert Christel Zillmann. .... **5**

### Der nächste Schritt

Ab 1. Juli könnte das neue Unterhaltsvorschussgesetz in Kraft treten. Eine Analyse. .... **6**

### Züge wieder Richtung Norden?

Ob es doch wieder Personen-Zugverkehr zwischen Joachimsthal und Templin geben kann, darüber wird zurzeit verhandelt. .... **7**

kleine  
zeitungen

OW ist Mitglied im gemeinsamen Internetportal der Tageszeitung »nd« und kleiner linker Zeitungen. Lesen Sie auf: [www.kleinezeitungen.de](http://www.kleinezeitungen.de)

## Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,  
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,  
BIC: WELADED1GZE;  
Verwendungszweck: Spende OW.  
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

## „Ein guter Tag für Bernau“

Bürgerentscheid am 5. März: Das Rathaus soll gebaut werden/  
LINKE: Transparenz und kritische Begleitung des Bauvorhabens

OW-Beitrag/bc

Gute Stimmung bei den Bernauer LINKEN am Abend des Bürgerentscheides, dem 5. März, nach Schließung der Wahllokale. Bereits nach Auszählung der ersten Stimmbezirke zeichnete sich ab: Die Bernauer Bürgerinnen und Bürger werden sich eindeutig hinter den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung stellen; sie wollen ein Rathaus.

Ein breites Bündnis aus LINKE, SPD/Freie Fraktion, BfB, Bündnis 90/Grüne und Sozialverbänden hatte dafür geworben, den Neubau des Rathauses zu unterstützen. Zur Abstimmung stand, einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

vom Oktober 2016 aufzuheben. Tatsächlich war jedoch durch die Unabhängige Fraktion ein Wahlkampf mit sehr hohem Materialaufwand geführt worden, der schon mit der Formulierung "Stopp Rathaus-Neubau" zu so mancher Irritation führte. Letztlich geisterten sogar Gerüchte durch die Stadt, dass das alte Rathaus abgerissen werden würde.

**Enkelmann: »Sachlichkeit hat sich gegen Populismus durchgesetzt.«**

Nun ist es entschieden: 12.315 Bürgerinnen und Bürger Bernaus gingen zur Wahl. "Mit knapp 38 Prozent eine gute Wahlbeteiligung für einen Bürgerentscheid", kommentierte Bürgermeister André Stahl (LINKE). Davon stimmten 4.848 Bürgerinnen und Bürger für den "Stopp", während sich 7.415 dagegen aussprachen. Rund 60 Prozent derjenigen, die zur Wahl gingen, sprachen sich damit eindeutig für die Fortsetzung des Bauvorhabens aus. "Das ist ein guter Tag für Bernau und ein deutlicher Vertrauensbeweis für die Stadtpolitik", gibt sich Stahl erleichtert. "Das Ergebnis der Abstimmung zeigt, dass sich die

Bernauer auch mit dem exorbitanten Aufwand an Wahlwerbung, den die Gegner des Rathausneubaus betrieben haben, nicht kaufen lassen." Sehr eindeutig war auch: In allen 39 Wahllokalen (einschließlich der 5 Briefwahllokale) war eindeutig mit "Nein" gestimmt worden.

In der Geschäftsstelle der LINKEN reichten inzwischen die Plätze nicht aus, auch vor dem Ladenlokal in der Berliner Straße versammelten sich Menschen. Alle zeigten sich froh über den Wahlausgang und hoffen nun, dass wieder ein sachlicher Umgang innerhalb der Stadt möglich ist. "Sachlichkeit hat sich gegen Populismus durchgesetzt. Eine gute Basis, um wieder zu einer sachbezogenen Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung zurückzukehren. Dazu gehört eine kritische Begleitung des Bauvorhabens und die Sicherung von Transparenz.", gibt sich die Fraktionsvorsitzende Dagmar Enkelmann optimistisch.

Der Barnimer Kreisvorsitzende der LINKEN, Sebastian Walter, dankte den Aktiven der letzten Monate für ihr Engagement. "Es ist gut, dass die LINKEN mit so vielen Menschen ins Gespräch gekommen sind."

## Diskussion zur Bundespolitik

OW-Beitrag/bc

Der Brandenburgische Seniorenverband lädt am **20. April** von 14. bis 16.30 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung in die Stadthalle Bernau ein. Mit dabei: Die Bundestagskandidatin der LINKEN, Kerstin Kühn.

## Fake-Armut?!

Von Sebastian Walter

Wohlfahrtsverbände haben einen Armutsbericht herausgegeben, aus dem hervorgeht, dass die Armut in Deutschland auf einem neuen Höchststand ist. Es ist der Beweis dafür, was Menschen, die mit offenen Augen durch dieses Land gehen, seit langem sehen. Nur die Bundesregierung sieht das alles anders. Die Zahlen und Statistiken würden so nicht stimmen. Die Zusammenhänge, die hergestellt würden, wären nicht nach üblichen Standards erfolgt. Welche üblichen Standards könnte Frau Nah-

## Kommentar

les von der SPD da meinen? Wir erinnern uns, es war der Armutsbericht der Bundesregierung der nachweislich geschönt und gefälscht wurde. Da sollte man etwas vorsichtiger mit solchen Vorwürfen sein. Denn dieser Bericht zeigt nichts anderes, als das eklatante Versagen der Regierung in Sachen Armutsbekämpfung!

Selbst wenn nur die Hälfte der Zahlen stimmen würde, besteht trotzdem sofortiger Handlungsbedarf! Da hilft kein Herumdoktern an einem marode gesparten Sozialsystem, wie es der neue Messias der SPD, Martin Schulz, vorschlägt. Es braucht dringend ordentlich bezahlte Arbeit, eine Aufwertung frauentypischer Berufe, den Ausbau sozialer Infrastruktur und Dienstleistungen, eine Kindergrundsicherung, sowie eine solidarische Mindestrente und sanktionsfreie Mindestsicherung – unter 1.050 Euro droht Armut. Finanziert werden kann das nur durch eine radikale Umverteilung von oben nach unten. Wer das nicht will, will Armut nicht abschaffen, sondern beibehalten.

## Nachhaltige Entwicklung

Anita Tack zu Gast bei „Offene Worte mit Dagmar Enkelmann“



„Offene Worte“: Dagmar Enkelmann hatte am 5. Februar die Landtagsabgeordnete Anita Tack zu Gast. Foto: wk

Von Wolfgang Krafczyk

„Enkeltauglich will die LINKE wirken“, meinte Anita Tack, Autorin eines gleichnamigen Buches, bei der jüngsten Veranstaltung in der Reihe „Offene Worte mit Dagmar Enkelmann“ am 5. Februar im Bernauer Treff 23, auf die Frage, wie nachhaltig Brandenburg sei. Es gelte, die Zukunft schon im Heute verantwortungsbewusst im Interesse der nächsten Generationen zu gestalten. Dabei verwies sie auf die im April 2014 unter ihrer Regie als Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie. Allerdings, so räumte sie ein, würde es nicht immer gelingen, den „Enkeltauglichkeitscheck“ bei allen Beschlüssen durchzusetzen.

Und das betreffe nicht nur Fragen des Umweltschutzes. Zum Beispiel müsse mit dem in Arbeit befindlichen Landesentwicklungsplan der Rahmen für eine harmonische Entwicklung zwischen der Hauptstadtregion und

dem ländlichen Raum gesetzt werden. Bislang gebe es aber dazu viele kritische Stellungnahmen aus den Kommunen, was nachdenklich stimme.

Ebenso umstritten sei die geplante Verwaltungsstrukturreform. Mit Blick in die Zukunft werde deutlich, dass größere Verwaltungseinheiten aus vielerlei Gründen sinnvoll und notwendig sind. Schon jetzt sind die bislang kreisfreien Städte hochverschuldet und kaum in der Lage ihren Verpflichtungen nachzukommen. Vehement sträuben sie sich aber gegen die „Einkreisung“, gegen den Zusammenschluss mit benachbarten Landkreisen.

Und auch die nachfolgend beabsichtigte Funktionalreform, die vom Grundsatz ausgeht, dass die Aufgaben dort zu lösen und zu entscheiden sind, wo die Kompetenz dafür am größten ist, werfe noch viele Fragen auf. So sollten nach Ansicht des Gastes Fachkräfte in Kompetenzzentren, z. B. im Landesumweltamt, konzentriert bleiben.

## Aktualität der Hexenprozesse

Von Kerstin Kühn,  
Bundestagskandidatin (LINKE)

In Bernau ist seit dem 27. Februar im Rathaus eine Ausstellung zur Hexenverfolgung im 16. und 17. Jahrhundert in der Hussitenstadt zu sehen, die die LINKE maßgeblich mitinitiiert hat. Was haben die Hexenprozesse von damals mit der Gegenwart zu tun, habe ich mich im Vorfeld gefragt. Sehr viel.

Ich bin froh, dass in Bernau an die Opfer der Hexenprozesse erinnert wird. Es gibt deutschlandweit nur wenige Kommunen, die diesen Schritt gegangen sind. Es gibt aber eine wachsende Zahl von Städten, die Opfer von Hexenprozessen offiziell rehabilitieren und sich für das erlittene Unrecht entschuldigen. Bernau gehört nun auch dazu.

Ich finde, dies ist ein sehr aktuelles Thema, denn auch heute wird auf Menschen, die anders sind, mit dem Finger gezeigt, müssen wir uns mit fremdenfeindlichen Vorurteilen und populistischen Strömungen auseinandersetzen.

Es geht um ähnliche Verhaltensmuster: Man versucht, Schuldige zu finden – im Mittelalter für Missernten, für Krankheit oder plötzlichen Tod. Heute fühlen sich viele Menschen in ihrer sozialen Lage bedroht, haben Zukunftsängste. Und wieder suchen sie nach Schuldigen.

Noch heute gibt es Staaten, in denen Menschen gefoltert und Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Auch deshalb ist es wichtig, die grauenvollen Geschehnisse der Hexenverbrennung in Erinnerung zu behalten als Mahnung: Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar.

## Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab:

**Kreisvorstand:** 22. März, Bernau, 26. April, Schorfheide

**Kreistagsfraktion:** Tel.: 03334-236986 E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de

20. März und 10. April, jeweils 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

**Nächster Kreistag:** 15. März 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

**Wahlkreisbüro Margitta Mächtig:** Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

**Wahlkreisbüro Ralf Christoffers:** Tel.: 03338-7047455

Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

**Stadtfraktion Eberswalde:** Tel.: 03334-236987, 27. März und 10. April, 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde,

Stadtverordnetenversammlung: 30. März, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

**Bürgerzentrum Bernau:** Tel.: 03338-5881, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: Info@dielinke-barnim.de,

**Stadtfraktion Bernau:** 04. April, 18.00 Uhr, Fraktionsraum, 30. März 15-18 Uhr, Fraktionssprechstunde: Berliner Straße 17; www.linksfraktion-bernau.de

Stadtverordnetenversammlung: 6. April und 18. Mai, 16 Uhr, Stadthalle Bernau,

E-Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251

**Gemeindefraktion Panketal:** 15. März, 19 Uhr, Rathausaal, Schönower Straße 105, Sitzung der Gemeindevertretung: 27. März, Rathausaal

**Bürgerbüro Wandlitz:** Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de

**Gemeindefraktion Ahrensfelde:** 16. März und 13. April 18.30 Uhr, Gemeindezentrum Ahrensfelde, Seniorenbegegnungsstätte, Sitzung der Gemeindevertretung: 20. März und 18. April, 19 Uhr, Rathaus

**Regionalgruppe Cuba sí:** E-Mail: bernau@cuba-si.org **[solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

**Basisgruppe Schorfheide:** jeden 1. Donnerstag im Monat, 18 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

**Basisgruppe Werneuchen:** 7 April, 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof

## Impressum

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreisfraktion der LINKEN

**Kontakt:**

DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

**E-Mail:**

offeneworte@dielinke-barnim.de, **download:** www.dielinke-barnim.de,

**Virtuelle Redaktion:** Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm), Sebastian Walter (ViSDP/sw), Margot Ziemann (maz), Christel Zillmann (cz)

**Auflage:** 16.000

**nächster Redaktionsschluss:** 27. März 2017

**nächster Erscheinungstermin:** 19. April 2017

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

# Visionen, die sich lohnen

Ein Leitbild für die Stadt Biesenthal

Von Margitta Mächtigt,  
Stadtverordnete

Biesenthal ist über den Barnim hinaus als Naturparkstadt bekannt. Der Wukensee ist nicht nur wegen des jährlichen Wukenseefestes für die Barnimer und auch für viele Berliner beliebtes Ausflugsziel und das Steinfest in Danewitz gehört zum festen Termin des jährlichen Barnimer Veranstaltungskalenders. Die Möbelfolie Biesenthal ist zuverlässiger

weitere Entwicklung der Stadt zu erarbeiten. Ziel ist es, gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern eine Vision für die Zukunft der Stadt zu entwickeln, an der sich künftige Entscheidungen zur Entwicklung der Stadt orientieren sollen. Dabei sind wichtige Fragen zu beantworten. Unter anderem: Welche Entwicklung soll Biesenthal nehmen? Soll Biesenthal als Naturparkgemeinde, als attraktiver Wohnstandort erhalten und/oder erweitert werden? Welche Bil-

hat die Fraktion nun einen Entwurf vorgelegt, der in Arbeitsgruppen in der Stadt zu den einzelnen Teilbereichen Angebote zur Diskussion unterbreitet. Die Fraktion der LINKEN hofft auf ein reges Interesse der Bürgerinnen und Bürger, ihrer gewählten Vertreterinnen und Vertretern in der Stadtverordnetenversammlung, der Mitglieder in den Kultur-, Sport- und Heimatvereinen. Für DIE LINKE ist ein offenes, ehrliches und gemeinschaftliches Miteinander bei der Entwicklung des Leitbildes und der Stadt wichtig. Dadurch kann das Vertrauen zwischen Bürgern und gewählten Vertretern gesichert werden und mehrheitlich akzeptierte Entwicklungsschritte können in der Zukunft gemeinsam gegangen werden. Folgenden Schwerpunkten soll sich das Leitbild widmen:

- ▷ Biesenthal als grüne Naturparkstadt,
- ▷ Biesenthal – Wohnort für Jung und Alt;
- ▷ Biesenthal als Arbeitsort,
- ▷ Biesenthal als Erholungsort,
- ▷ kinder-, senioren-, und klimafreundliche Stadt Biesenthal,
- ▷ moderner Verwaltungsstandort Biesenthal und nicht zuletzt
- ▷ eine Stadt der Vereine.

Eine wichtige Verantwortung, vor allem der Abgeordneten, besteht darin, die Visionen und Ziele mit den finanziellen Möglichkeiten abzustimmen, um auch künftig sicherzustellen, dass die Stadt sich nicht unverantwortlich verschuldet. Wer Interesse an der Mitarbeit an einem attraktiven Leitbild hat, meldet sich bitte bei mir.



Marktplatz mit Rathaus in Biesenthal. Foto: mm

wirtschaftlicher Partner für mehr als 40 Länder und die polnische Firma TZMO hat Biesenthal als Logistikstandort für ihr Deutschlandgeschäft gewählt. Wir sind eine attraktive Stadt. Damit das so bleibt, hat im vergangenen Jahr die Stadtverordnetenversammlung Biesenthal – auf Anregung der Fraktion DIE LINKE – beschlossen, ein Leitbild für die

dungs-, Kultur-, Sport-, Freizeit-, Gesundheits- und Dienstleistungsangebote wollen wir dauerhaft für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt sichern? Welche Entwicklung sollen die Gewerbestandorte in der Gemeinde nehmen? Wie sollen Handel und Gewerbe in der Gemeinde gesichert bzw. weiterentwickelt werden? Um die Diskussion anzuregen,

## Ausbildung: Sozialberufe künftig in Eberswalde

Ein Teil des Oberstufenzentrums Bernau wird allmählich umziehen

Von Christine Poppitz

Wir, Abgeordnete der LINKEN im Kreistag Barnim, erlebten in drei aufeinander folgenden Sitzungen des Bildungsausschusses „Fragestunden der Einwohnerinnen und Einwohner“, die es „in sich hatten“. Lehrkräfte und Schulleitungen der Oberstufenzentren an den Standorten Bernau und Eberswalde, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern wollten angehört werden zu den bevorstehenden Strukturänderungen. Sie betreffen die komplette Auslagerung der Abteilung 3 von Bernau nach Eberswalde. Diese hat zur Folge, dass die 3-jährigen Bildungsgänge Soziales, Sozialpädagogik und Heilerziehungspflege dann in Eberswalde angeboten werden. Sehr konkrete Fragen der Lehrkräfte waren zu beantworten. Wir mussten mit anhören, welches große Unverständnis und sogar Sprachlosigkeit zwischen

ihnen und ihrer Schulleitung am Standort Bernau bestehen. Forderungen nach Einberufung einer Gesamtlehrerkonferenz wurden nicht erhört. Eine gründliche Prüfung von Alternativen, die wir im Ergebnis der ersten Sitzung einforderten, quittierten die anwesenden Lehrerinnen und Lehrer mit Hochachtung und Dank. Aber besonders bewegten uns die Probleme der Schülerinnen und Schüler, die gerade ihre Ausbildung begonnen hatten. Ihnen ist unverständlich, vor Ausbildungsantritt nicht informiert worden zu sein. Sie sprechen Probleme der Mütter an und deren Zeitaufwand für Ausbildung und Familie, auch die zusätzlichen Belastungen durch erhöhte Fahrtkosten. Wir erfuhren, dass viele zuverdienen müssen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, weil die Ausbildung nicht vergütet wird. „Wir fühlen uns sehr ausgegrenzt bei dieser Planung, ob-

wohl WIR die sind, um die es geht.“ Der 1. Beschlussantrag der Verwaltung wurde mehrheitlich abgelehnt, und der am Tisch sitzenden Schulverwaltung war die Schwierigkeit anzusehen, „von heute auf morgen“ die Zustimmung der Abgeordneten für zu ändernde Strukturen zu bekommen. Inzwischen liegt ein 2. Beschlussantrag vor. Im Kern beinhaltet er den allmählichen Umzug der Abteilung 3 an das OSZ II Eberswalde ab dem Schuljahr 2017/18 bis zum Ende des Schuljahres 2018/19. Das konnten wir mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit für die Schülerinnen und Schüler erreichen. Der Wegfall von zwei Abteilungen am OSZ II ist geplant zum Schuljahr 2017/18 und die Zusammenlegung von Bildungsgängen. Nun hat der Kreistag zu entscheiden. Der Fachausschuss wird die Umsetzung der Strukturänderungen an beiden Standorten kritisch begleiten.

## Preisskat Eberswalde

Von Günther Klaue

Der öffentliche Seniorenpreisskat der LINKEN in Eberswalde findet immer am letzten Mittwoch des Monats statt, also am **29. März und am 26. April 2017**, ab 13 Uhr in der Alten Brauerei, Eisenbahnstraße 29.

Die Anmeldung ist zur Preisgestaltung erforderlich bei einem Einsatz von 8 € über E. Brunck, Tel.: 03334-24818 oder G. Klaue, Tel.: 03335-325 378.

## Stammtisch Panketal

Von Christel Zillmann

Die LINKE Panketal lädt zu ihrem traditionellen monatlichen Stammtisch in Leo's Restauration in Zepernick, Schönower Straße 59: Am **29. März 2017 und 10. April** kann jeweils ab 19 Uhr in lockerer Atmosphäre über aktuelle politische Themen diskutiert werden.

Die nächste Mitgliederversammlungen der Panketaler LINKEN finden am **26. April**, um 19 Uhr im Rathaussaal am S-Bahnhof Zepernick statt.

## Kerstin Kühn

OW-Beitrag/bc

Zu einer öffentlichen Sprechstunde lädt die Bundestagskandidatin der LINKEN, Kerstin Kühn am **30. März** von 16 bis 18 Uhr in das Bürgerbüro Bernau, Berliner Straße 17, ein.

## Rathausfest Panketal

Von Christel Zillmann

Die LINKE Panketal präsentiert sich wieder mit einem Stand beim Rathausfest der Gemeinde Panketal am Sonnabend, den **8. April** von 9 bis 16 Uhr rund um das Rathaus am S-Bahnhof Zepernick. Mit dabei sind auch Cuba sí, die Bundestagskandidatin der LINKEN, Kerstin Kühn, und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag, Ralf Christoffers.

## „Roter Salon“ Bernau

OW-Beitrag/mg

Die Bernauer Linken laden ein zum ROTEN SALON – politische Gespräche in lockerer Atmosphäre. Jeden dritten Mittwoch im Monat ab 18 Uhr im Bernauer Bürgerbüro der LINKEN, Berliner Str. 17. Nächster Termine: **19. April**.

## Sprechstunden in Eberswalde

Von Michael Wolff

Der Stadtvorstand der LINKEN Eberswalde bietet jeden Freitag Sprechstunden im Bürgerzentrum in der Heegermühler Straße 15 an. Die nächsten Termine: **17., 24 und 31. März sowie am 7. und 21. April**, jeweils 14 - 16 Uhr.

## LINKE mit neuen Teams: Soziales bleibt Hauptanliegen

Mitgliederversammlungen wählten neue Stadtvorstände in Eberswalde und Bernau



Foto links: Kreisvorsitzender Sebastian Walter (r.) gratuliert dem neuen Stadtvorstand (v. l.): Michael Wolff, Waltraud Werner, Karin Wagner, Ralf Kaiser, Ricardo Kremps  
Foto: J. Wolff



Foto oben: Am 25. Februar wählte die Bernauer LINKE einen neuen Stadtvorstand.

Vlnr.: Thomas Sohn (Vorsitzender), Martin Günther, Margot Ziemann, Bärbel Mierau, Michelle Petroll, Hans-Günther Spangenberg, Sören-Ole Gemski, Siegfried Hegenbarth. Foto: F. Müller

Am 28. Januar wählte der Stadtverband Eberswalde der Partei DIE LINKE einen neuen Vorstand. Der bisherige Vorsitzende Michael Wolff wurde in seinem Amt bestätigt. Er wird weiterhin unterstützt durch Ralf Kaiser, Sabine Stüber und Karin Wagner. Neu hinzugekommen: Ricardo Kremps und Waltraud Werner. „Wir haben zu aktuellen politi-

sche Themen Veranstaltungen durchgeführt, wie zum Freihandelsabkommen TTIP. Außerdem setzten wir uns immer wieder gegen Nazis ein und engagierten uns für eine bessere Flüchtlingspolitik!“, resümierte Michael Wolff die bisherige Arbeit.

Der neue Vorsitzende der Stadtfraktion, Jürgen Wolff, stellte klar: „Eine Übernahme des Finowkanals

in kommunale Hand wird nicht um jeden Preis mit unserer Fraktion möglich sein.“ Er verwies dabei auf die Zuschüsse zum Baff und zum Familiengarten und der ungewissen Zukunft des Familiengartens.

Der Stadtvorstand will sich künftig besonders mit den Themen: Sozialer Wohnungsbau, Kita und Rassismus auseinandersetzen.

## Rente rauf statt Altersarmut

Am 25. Januar 2017 lud DIE LINKE in Ahrensfelde zur Diskussion ein

Von Christina Emmrich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende LINKE Ahrensfelde

Statt Altersarmut: Rente rauf, das war das Thema zu dem die Fraktion der LINKEN in der Gemeindevertretung Ahrensfelde am 25. Januar eingeladen hatte. Gast war der rentenpolitische Sprecher der LINKEN im Bundestag, Matthias W. Birkwald. Er erläuterte anschaulich und überzeugend das Rentenkonzept der LINKEN. Für mich war es ein lehrreicher Abend, der mir, bereits selbst Rentnerin, vor Augen führte, dass sich der Streit um dieses Konzept lohnt und dafür viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter gebraucht werden. Elf Bausteine umfasst das Konzept:

1. Das Rentenniveau auf 53 Prozent erhöhen.
2. Zu paritätischen Beiträgen der Alterssicherung zurückkehren.
3. Den Solidarausgleich stärken: Gerechte Renten für Niedrig- und Geringverdienende, Erwerbslose, Erziehende, Pflegende.
4. Eine Erwerbstätigenversicherung einführen.
5. Die Beitragsbemessungsgrenze anheben und aufheben.
6. Die Riesterrente abwickeln.
7. Gute Betriebsrenten als Ergänzung.
8. Die Rente ab „67“ abschaffen.
9. Die Erwerbsminderungsrenten armutsfest gestalten.
10. Die Ostrenten vollständig angleichen.
11. Die Solidarische Mindestrente einführen.



Bundestagsabgeordneter Matthias W. Birkwald (LINKE, stehend) und Bundestagskandidatin Kerstin Kühn (links), bei einer Gesprächsrunde am 25. Januar in Ahrensfelde. Foto: F. Müller

Ich kann hier natürlich nicht alle Bausteine erläutern. Deshalb gehe ich „nur“ auf die Forderung „Das Rentenniveau auf 53 Prozent zu erhöhen“ ein. Für die Rentnerinnen und Rentner mit 45 Arbeitsjahren würde die Umsetzung dieser Forderung der LINKEN derzeit 127,03 € und im Jahr 2030 sogar 313,48 € mehr ins Portemonnaie bringen.

Das Rentenniveau liegt zurzeit bei 48 Prozent und soll nach den Plänen der großen Koalition bis 2030 auf 44,5 Prozent abgesenkt werden. An dieser Abwärtsspirale waren CDU und SPD gleichermaßen beteiligt. Deshalb traue ich den Versprechungen dieser beiden Parteien, noch in diesem Jahr eine größere Rentenreform durchzuführen, nicht. Für mich ist das einfach Wahlkampfgetöse wie in allen Wahljahren zuvor.

Immer wieder wird kritisiert, das Konzept der LINKEN sei nicht bezahlbar. Matthias W. Birkwald be-

wies in seinem Vortrag das Gegenteil. Wichtige Säulen der Finanzierung sind die Rückkehr zu paritätischen Beiträgen der Alterssicherung (gleichermaßen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung. Letztere bedeutet nichts anderes, als dass alle, die ein Einkommen haben, auch in die Rentenkasse einzahlen.

Nachdenklich hat mich die Begründung zur Abschaffung der Rente ab „67“ gemacht. Die wachsende Lebenserwartung gibt ja eher jenen recht, die die Lebensarbeitszeit noch weiter erhöhen wollen. Matthias W. Birkwald wies anhand von Zahlen nach, dass die Lebenserwartung insbesondere von Menschen, die schwer arbeiten, zum Beispiel Produktionsarbeiterinnen und -arbeiter, Erzieherinnen und Erzieher, Krankenschwestern, Gerüstbauer, Dachdecker wesentlich niedriger ist als der Durchschnitt. Das heißt auch, dass sie viel

kürzere Bezugszeiten haben, wenn das Alter für den Renteneintritt nicht abgesenkt wird.

Immer wieder klingt an, dass Altersarmut zunimmt. Ich denke, jede und jeder von uns kennt in seinem Lebensumfeld Menschen, die von der Grundsicherung leben müssen. Nicht wenige beantragen diese nicht, obwohl die eigene Rente noch darunter liegt. Es ist die Scham, deshalb zum Grundsicherungsamt zu gehen und es ist die Sorge, dass die Kinder finanziell dabei belastet werden. Letzteres tritt erst ein, wenn diese mehr als 100.000 € im Jahr verdienen.

Es sind niedrige Löhne, die keine private Vorsorge zu lassen und gebrochene Erwerbsbiografien, mit denen sich zunehmend mehr Beschäftigte „herumschlagen“ müssen. Hinzu kommt, dass für Langzeitarbeitslose nicht mehr in die Rentenkasse eingezahlt wird.

Ich kann allen, vor allem den Jüngeren, nur empfehlen, sich gründlich mit dem Thema Rente zu befassen. Sie sind es, denen die Rentenpläne der großen Koalition ein Leben in Würde im Alter verwehren wollen.

Im Rahmen dieser Veranstaltung zum Rentenkonzept der LINKEN hat sich auch Kerstin Kühn, Kandidatin der LINKEN für den Bundestag (Wahlkreis 59: Niederbarnim/Märkisch-Oderland) vorgestellt. Sie ist natürlich eine Verfechterin dieses Rentenkonzepts, weil sie aus ihrer Arbeit als Rechtsanwältin weiß, was Altersarmut bedeutet.

Argumente, Fakten und Zahlen zum Thema Rente finden Sie auf der Internetseite des Experten:

[www.matthias-w-birkwald.de](http://www.matthias-w-birkwald.de)

# Schwere Abwägung der Interessen

Gegen die Schließung der Sparkasse in Groß Schönebeck wird protestiert. Knapp 900 Unterschriften wurden Ende Februar Landrat Bodo Ihrke übergeben. Wie schwer es ist, allen Interessen gerecht zu werden, hat Lutz Kupitz, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Barnimer Kreistag in Pro- und Contra-Argumenten zusammen gestellt.

## Pro & Contra

### Argumente für die Schließung

Der Bankensektor hat sich in den vergangenen 10 Jahren strukturell und organisatorisch stark verändert. Ein Grund ist die (noch immer nicht bewältigte) Banken- und Finanzkrise. Die Sparkassen haben deren direkte Auswirkungen besser verkräftet als viele Großbanken. Sie sind aber nun in gleicher Weise neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und finanzpolitischen Steuermaßnahmen auf europäischer Ebene ausgesetzt und müssen ihre Geschäftsmodelle anpassen. Die Auswirkungen der Niedrigzinspolitik spürt jeder Bankkunde bereits jetzt auf seinem Sparbuch.

Ein zweiter Grund sind die technologischen Entwicklungen und ein verändertes Kundenverhalten. Die Abwicklung von Bankgeschäften hat sich spürbar verändert. Die klassischen Kontakte von Kunden mit ihrer Sparkasse am Bankschalter sind permanent rückläufig. Online-Banking und neue digitale Bezahlmethoden sind auf dem Vormarsch. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Parallel dazu gewinnt die individuelle und spezialisierte Beratung der Kunden für Dienstleistungen und Finanzanlagen an Bedeutung. Sie kann schon jetzt nicht in jeder Geschäftsstelle an-

geboten werden.

Damit muss auch die Sparkasse Barnim die Organisation ihrer Geschäftsabläufe ständig überprüfen und notwendige strukturelle Veränderungen rechtzeitig herbeiführen, um zukunftsfest zu sein. Nicht erst, wenn eine Schieflage eingetreten ist und kein Handlungsspielraum mehr besteht. Dazu kann auch die Schließung von Geschäftsstellen gehören. Natürlich möchte die Sparkasse keine Kunden verlieren, sondern im Gegenteil weitere Kunden gewinnen!

Führt die geplante Schließung der Geschäftsstellen dazu, dass bisherige Kunden von Finanzdienstleistungen ausgeschlossen werden? Alle bisherigen Kunden werden auf die nächste Geschäftsstelle umgeleitet. Von allen Banken im Barnim hat die Sparkasse das dichteste Netz an Geschäftsstellen und Automaten. Die Bargeldversorgung ist über den Einkauf im lokalen Supermarkt gesichert. Für einzelne Überweisungen kann vor Ort ein Briefkastensystem, für wiederholte Überweisungen ein Dauerauftrag eingerichtet werden. Der Besuch einer Geschäftsstelle wird immer seltener werden.

### Argumente gegen die Schließung

Ein großer Wettbewerbsvorteil der Sparkassen sind ihre territoriale Verankerung, ihr dichtes Geschäftsstellennetz und ihre zahlreichen Kunden. Die Sparkassen sind besser durch die Banken- und Finanzkrise gekommen als viele Großbanken, weil die Kunden ihrer Sparkasse auch in Krisenzeiten treu geblieben sind.

flächendeckend in ihrem Geschäftsgebiet anzubieten (Bargeldabholung, Bargeldeinzahlung, Überweisungen). Das gilt insbesondere auch für den ländlichen Raum. Die Geschäftsausübung von Sparkassen kann deshalb auch nicht direkt mit der von Privatbanken verglichen werden.

Die beabsichtigten Schließungen

„Die Sparkassen haben die Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. ... Sie erbringen ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse.“ (Sparkassengesetz)

Teil des gesetzlichen Auftrages an die Sparkassen ist die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen in der Fläche. Das bedeutet, dass die Geschäftsstellen entweder vor Ort angesiedelt oder aber für alle Kunden leicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein sollen.

Auf Grund ihres gesetzlichen Auftrages stehen Sparkassen in der besonderen Verantwortung, die alltäglichen Finanzdienstleistungen

„Wenn der Mensch nicht über das nachdenkt, was in ferner Zukunft liegt, wird er das schon in naher Zukunft bereuen.“ (Konfuzius)

der Geschäftsstellen in Britz, Groß Schönebeck, Lunow, Bernau und Eberswalde verprellen treue Kunden. Sie müssen beträchtlich längere Wege auf sich nehmen und sind auf individuelle Transportmittel angewiesen, um ihre neue Geschäftsstelle zu üblichen Geschäftszeiten zu erreichen. Insbesondere ältere Menschen wären von den Schließungen betroffen.

Nach Aussage der Sparkasse resultiert die Schließungsabsicht nicht aus aktuellen wirtschaftlichen Gründen. Es ist daher abzulehnen, dass der operative Sparkassenbetrieb in Teilen des ländlichen Raumes zu Lasten der Kunden eingestellt wird.

## Zukunftssichere Bildungsstandorte

Hohe Investitionen in Schwanebeck und Zepernick

Von Christel Zillmann

Panketal zählt nunmehr über 20.000 Einwohner. Mit dem derzeit noch anhaltenden Bevölkerungszuwachs sind selbstverständlich neue Anforderungen an die Gestaltung einer bürgernahen, stabilen Infrastruktur auf allen Gebieten verbunden. Für die Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung war, ist und bleibt in diesem Prozess die Stärkung, Sicherung und Entwicklung der Kita-, Hort- und Schullandschaft eine erst-rangige Aufgabe. Dazu einige Fakten, die das belegen: Am 10. Februar 2017 konnten Schüler, Lehrer, Horterzieher und Eltern der Grundschule Zepernick den neuen, anspruchsvollen Ergänzungsbau in Besitz nehmen. Über 5 Millionen Euro hat die Gemeinde Panketal investiert, damit u.a. 15 zusätzliche Klassenräume entstanden sind, die auch als moderne Lerncluster genutzt werden können.

Neue Fachkabinette zählen ebenso dazu wie eine spürbare Verbesse-

rung der Arbeitsbedingen für Lehrer, Erzieher und Sozialarbeiter. Der Schulhort kann nunmehr sein Gebäude allein nutzen, eine wünschenswerte Kooperation mit der Grundschule ist machbar. Nun können die Spielflächen für die Schüler wieder hergestellt bzw. neugestaltet werden.

Am attraktiven Schulstandort Schwanebeck mit Schule, Hort, Kindertagesstätte und Freizeithaus „Würfel“ ist ein umfangreiches Baugeschehen sichtbar. Hier wächst im wahrsten Sinne des Wortes zusammen, was zusammengehört. Der neue Hort, in den die Gemeinde Panketal rund 5,4 Millionen Euro für 280 Kinder investiert hat, soll noch vor Beginn der Schulferien 2017 eröffnet werden. Dann können auch hier die vielseitig nutzbaren Sport- und Spielflächen wieder hergestellt werden. Und endlich wird es möglich, dass das Freizeithaus „Würfel“, welches seit 25 Jahren existiert, wieder seine eigenen Räume erhält. All das ist nur möglich geworden, weil der Landkreis Barnim

Der Erweiterungsbau der Grundschule Zepernick ist seit Februar in Betrieb, die Außenanlagen werden noch gestaltet. Foto: bc



(seit 2 Jahren Träger des Schulstandortes Schwanebeck) bis zu 17 Millionen Euro investiert und damit sichert, dass sich die Attraktivität der Oberschule mit inzwischen integriertem, künftig dreizügigem Grundschulteil, weiter erhöhen wird. Dies hätte die Gemeinde nicht allein bewältigen können!

Genau diese Zielstellung, die Nutzung allen Möglichkeiten für eine bestmögliche Entwicklung von SEK I und SEK II der Gesamtschule „Wilhelm Conrad Röntgen“ hat die Ge-

meindeverwaltung und Gemeindevertretung bewogen, ernsthaft über einen Trägerwechsel der Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe an den Landkreis Barnim nachzudenken.

Wir gehen davon aus, dass der Landkreis Barnim mit seiner „Bildungsinitiative“ als künftiger Schulträger nicht nur den gegenwärtigen hohen Entwicklungsstand garantiert, sondern entsprechend den wachsenden Anforderungen an diese beliebte Schulform auch in Zukunft deren Weiterentwicklung ermöglicht.

# „Der nächste Schritt zur Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses muss kommen“

Neuer Unterhaltsvorschuss soll zum 1. Juli eingeführt werden/Bundestag muss entscheiden

OW-Beitrag/bc

Die Reform des Unterhaltsvorschlussesgesetzes (UVG) soll zum 1. Juli 2017 in Kraft treten, diesen Antrag der Bundesregierung beschloss der Bundesrat im Februar. Nun muss der Bundestag endgültig entscheiden. „Brandenburg hat dem Vorschlag zugestimmt, aber seine Kritik in einer Protokollerklärung festgehalten“, darauf verweist Brandenburgs Sozialministerin Diana Golze (LINKE).

Bisher zahlt der Staat Unterhaltsvorschlusses für Kinder, für die ein Elternteil keinen Unterhalt zahlt, bis zum 12. Lebensjahr und höchstens 6 Jahre lang. Die Neuregelung bedeutet nun: Anspruch auf Unterhaltsvorschlusses sollen Kinder bis zum 18. Lebensjahr haben – und zwar auch bis zu 18 Jahre lang. „Ich begrüße diese beiden wichtigen Fakten, für die ich mich jahrelang im Bundestag engagiert habe“, freut sich Diana Golze. „Endlich endet der Bezugszeitraum nicht mehr nach 6 Jahren und endlich sollen auch Kinder über 12 Jahren diese staatliche Ersatzleistung für ausbleibenden Elternunterhalt bekommen.“

Das liest sich erstmal gut. Aber der Schritt in die richtige Richtung, um Kinderarmut einzudämmen, ist doch eher klein ausgefallen. Denn der Pferdefuß steckt im Detail: Unterhaltsvorschlusses für Kinder zwischen 12 und 18 Jahren wird nämlich nur dann gezahlt, wenn das Kind nicht auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist oder der alleinerziehende Elternteil bei Hartz-IV-Bezug ein eigenes Einkommen von mindestens 600 Euro brutto erzielt. Sprich: Nur so genannte „Aufstocker“ oder Menschen mit höherem Einkommen haben einen Anspruch. Auch Väter oder Mütter, die verheiratet sind – entweder mit dem ehemaligen oder einem neuen Partner, gehen leer aus (das gilt auch bisher schon). In der Stellungnahme Brandenburgs im Bundesrat heißt es daher eindeutig, dass die Neuregelung deshalb kritisiert wird, „weil damit der Unterhaltsvorschlusses für Kinder ab dem vollendeten 12. Lebensjahr im Ergebnis in eine bedürftigkeitsabhängige Leistung ... umgewandelt wird.“ Es bestünde damit die Gefahr, dass das SGB II-Prinzip des Forderns und Forderns ins Unterhaltsrecht verlagert wird. Die Rot-Rote Landesregierung befürchtet damit eher eine Verfestigung des SGB II-Leistungsbezuges und damit eine weitere Stigmatisierung betroffener Familien.

Die Bindung an das Einkommen des betreuenden Elternteils scheint dabei genauso willkürlich wie zuvor die Regelung, zum 12. Geburts-



Für viele Kinder wird der neue Unterhaltsvorschlusses ein Geschenk sein, aber fehlender Unterhalt bleibt für sie ein Armutsrisiko. Foto: bc

tag die Zahlung einzustellen. „Die Einschränkungen für Kinder, deren alleinerziehende Eltern über kein eigenes oder nur ein geringes Einkommen verfügen, sind der Wermutstropfen“, betont Ministerin Diana Golze. „Wir wissen, dass etwa die Hälfte der Alleinerziehenden keinen oder zu wenig Unterhalt bekommt. Und ein großer Teil der Alleinerziehenden ist auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Doch auch deren Kinder sollten von der Ausweitung des UVG profitieren. Dieser nächste Schritt muss kommen, vielleicht auf Initiative einer neuen Bundesregierung nach der Wahl im September. Grundlage dafür könnte die von Brandenburg im Bundesrat geforderte Evaluation des UVG sein.“

„Auf Bundesebene rechnet man zurzeit damit, dass 260.000 Kinder Leistungen nach dem UVG beanspruchen können, überschlagsmäßig wird von 790 Millionen Euro ausgegangen“, erläutert Margitta Mächtig (LINKE), Vorsitzende des Jugendhilfeausschlusses des Kreistages, wo versucht wird zeitnah auf die Entwicklungen zu reagieren. Denn der Kreis ist Auszahlstelle des Unterhaltsvorschlusses.

Schaut man auf die Zahlen, könnte man auf die Idee kommen, dass sich mit der neuerlichen Beschränkung für die Kinder nach dem 12. Geburtstag rein fiskalische Erwägungen durchgesetzt haben. Denn Unterhaltsansprüche der Kinder teilen sich bis zum 18. Geburtstag in 3 Gruppen und der Anspruch der 12- bis 18-Jäh-

rigen ist natürlich am höchsten. So liegt der gesetzliche Mindestunterhalt, für den alle Unterhaltspflichtigen in hohem Maß aufkommen müssen, bei derzeit 342 Euro für 0- bis 5-Jährige, 393 Euro für 6- bis 11-Jährige und 460 Euro für 12- bis 17-Jährige. Abgezogen wird davon das **häufige** Kindergeld, so dass die Zahlbeträge 246 Euro, 297 Euro bzw. 364 Euro betragen.

Nach diesem Mindestunterhalt richtet sich auch die Höhe des Unterhaltsvorschlusses. Hier wird der Mindestunterhalt abzüglich des **vollen** Kindergeldes angesetzt. Im Endeffekt erhalten damit Kinder vom Staat insgesamt den gesetzlichen Mindestunterhalt: Das Kindergeld zuzüglich des

Unterhaltsvorschlusses, wenn ein Elternteil nicht zahlen kann oder will. Daraus ergeben sich zurzeit: bis zum 6. Geburtstag: 150 Euro, vom 7. Lebensjahr bis zum 12. Geburtstag 201 Euro und künftig wären es dann vom 13. Lebensjahr bis zum 18. Geburtstag 268 Euro (460 ./. 192 Euro Kindergeld). Im Übrigen heißt das auch: Unterhaltsvorschlusses wird ergänzend gezahlt. Kann zum Beispiel ein Vater für sein 8-jähriges Kind nur 100 Euro Unterhalt zahlen (weil sein Einkommen zu gering ist oder mehrere leibliche Kinder zur versorgen sind), dann zahlt die Unterhaltsvorschlusseskasse ergänzend 101 Euro.

Die Verknüpfung des Unterhaltsvorschlusses mit dem Einkommen desjenigen Elternteils, bei dem das Kind lebt, geht wieder auf Kosten der Kinder: Denn Unterhaltsvorschlusses könnte tatsächlich dazu beitragen, dass Kinder vor Armut geschützt werden. Wenn er eben vorbedingungsfrei gezahlt werden würde. Die nun eingeführte Bedingung könnte auch ein Bürokratiemonster schaffen. Jedenfalls müssten dann künftig die Einkommensverhältnisse des antragstellenden Elternteils geprüft werden, wenn das Kind 12 Jahre alt geworden ist. Bisher kann Unterhaltsvorschlusses mit Geburtsurkunde und Meldebescheinigung des Kindes und nötigenfalls der Vaterschaftsanerkennung beantragt werden. Alle Auseinandersetzungen mit einem möglicherweise zahlungsunwilligen oder zahlungsunfähigen Elternteil kann das Jugendamt auf

Antrag in Form einer Beistandschaft übernehmen. Und – wenn möglich – auch Unterhaltszahlungen zurück fordern. Das ist in vielen Fällen eine echte Hilfe. Im Barnim geht man von einer Verdopplung der anspruchsberechtigten Kinder aus – im Vergleich zu 2015, da gab es 3.787. „Mit 3 bis 5 Beschäftigten mehr kalkuliert die Kreisverwaltung“, erläutert Margitta Mächtig. „Wie sich der Bedarf künftig in Bezug auf Beistandschaften und Beratungsleistungen des Jugendamtes auswirkt, ist zurzeit nicht absehbar.“ Schwer einzuschätzen dürfte auch die Zahlung von ergänzendem Unterhaltsvorschlusses sein, vor allem im Osten, wo die Leistungsfähigkeit Unterhaltspflichtiger oft unter dem Mindestunterhalt liegt.

Ein Blick ins Nachbarland Österreich lohnt sich: Hier wird vorbedingungslos Unterhaltsvorschlusses gezahlt. Der Staat hat sich hier allerdings auch andere Möglichkeiten gegen Zahlungsunwillige (nicht Zahlungsunfähige!) gesichert. Das scheint ein guter Weg zu sein. Und dort wird zurzeit die Debatte geführt, Unterhaltsvorschlusses bis zum 21. Lebensjahr auszudehnen. Vorbedingungslos.

Es gibt einen weiteren Pferdefuß – der allerdings nicht am Unterhaltsvorschlusses liegt, sondern am System der SGB II- und SGB XII-Gesetze. Wie jedes andere Einkommen auch, muss Unterhaltsvorschlusses auf diese staatlichen Leistungen angerechnet werden. Hier gibt es keine Ausnahme, obwohl es sich um Leistungen für Kinder handelt. (In der vor „Hartz-IV“ geltenden Sozialhilfe wurde der Anspruch aller Haushaltsangehörigen gesondert berechnet. Das konnte dazu führen, dass Kinder Einkommen über dem Sozialhilfesatz hatten, zum Beispiel durch Unterhalt. Dies wurde dann nicht zur Deckung des Bedarfs der Haushaltsgemeinschaft herangezogen. Es gab also schon einmal ein besseres System. Diese Abschaffung war übrigens **ein** Kritikpunkt der LINKEN bei der Einführung der Hartz-IV-Gesetze.) Nun würden also die verlängerten oder höheren Ansprüche der Kinder weiter zur Deckung des Bedarfs einer Haushaltsgemeinschaft herangezogen werden. Der Effekt im Kampf gegen Kinderarmut: Null. „Und es wird mit Einsparungen von 690 Millionen Euro für Leistungen des SGB II gerechnet.“, erläutert Margitta Mächtig.

Will man den Unterhaltsvorschlusses ab 1. Juli erhalten, muss der Antrag bis 31. Juli 2017 gestellt werden. Wird der Antrag später gestellt, wird faktisch immer ab dem Monat gezahlt, in dem der Antrag gestellt wurde.

# Fahren Züge wieder Richtung Norden?

LINKE will Personenverkehr auf der Strecke Templin-Joachimsthal

OW-Beitrag/bc

DIE LINKE im Landtag setzt sich dafür ein, den seit langem eingestellten Personenverkehr auf der Bahnstrecke zwischen Templin und Joachimsthal wieder aufzunehmen. Der neue Betreiber des Abschnitts, die Hanseatische Eisenbahngesellschaft, steht Gesprächen in dieser Richtung aufgeschlossen gegenüber. Bereits im März sollen die Verhandlungen beginnen. Das Land Brandenburg entscheidet darüber, welche Nahverkehrsleistungen es bestellt. Dafür sind gemeinsame wirtschaftliche Berechnungen mit den Anbietern erforderlich. Zurzeit fahren Züge in Joachimsthal nur in eine Richtung: Nach Berlin. Die Anbindung an die Uckermark könnte sowohl für Templin als auch für Joachimsthal Chancen beinhalten.

Die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN im Brandenburger Landtag, Anita Tack, sagte dazu im Infrastrukturausschuss des Landtages: „Mit der Unterstützung des Landes kann es uns gelingen, eine tragfähige Lösung für den Personenverkehr auf der Strecke zu finden – meine Gespräche mit der Bahn AG, der neuen Betreibergesellschaft und dem Bürgermeister von Templin bestärken mich in dieser Einschätzung.“ Auch der Chef der Landtagsfraktion der LINKEN, Ralf Christoffers, unterstützt den Vorschlag des Infrastruk-



Der ehemalige Kaiserbahnhof in Joachimsthal ist der Erste Hörspielbahnhof Deutschlands. Auf dem Foto ist er vor den letzten Restaurierungsarbeiten zu sehen. Der Heimatverein „Joachimsthal e.V.“ bietet in der Sommersaison vielfältige Lesungen an, im Jahr 2016 zum Beispiel von Juli bis September.

Programm unter: [www.hoerspielbahnhof-joachimsthal.de](http://www.hoerspielbahnhof-joachimsthal.de) Foto: Veiko Kunkis

turministeriums, gemeinsam mit den Kommunen und dem Streckenbetreiber nach Lösungen zu suchen, die für Templin und Joachimsthal wirtschaftlich und touristisch vorteilhaft sind.

Noch 2004 war die Bahnstrecke Templin-Joachimsthal von der Bahn AG für 15 Millionen Euro saniert worden. Dennoch hat die damalige

SPD-/CDU-Landesregierung 2006 den Personenverkehr auf der Strecke gegen lautstarke Proteste abbestellt. Heute fährt nur noch Güterverkehr. Die Stadt Templin hat mit weiteren Kommunen und den Landkreisen Uckermark und Barnim bereits mehrfach versucht, auch den Personenverkehr zu reaktivieren.

## Keine Abschiebung nach Afghanistan

Landtag beschloss am 2. März konsequente Einzelfallprüfung/  
Bundesregierung soll Sicherheitslage neu bewerten

Von Ralf Christoffers,  
Landtagsabgeordneter

Am 2. März lag dem Landtag ein Beschlussantrag von Bündnis 90/Die Grünen vor, der einen Abschiebestopp nach Afghanistan durch das Land Brandenburg forderte. Diese Diskussion wurde nicht erst seit dem Antrag der Grünen geführt. Seit mehreren Wochen gab es intensive Gespräche über die Sicherheitslage in Afghanistan, die von der Bundesregierung in einigen Regionen als "ausreichend sicher" eingeschätzt wird und damit eine "Rückführung" ermöglicht. Vor Ort tätige Verbände und Institutionen aber auch das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen bestreiten dies jedoch massiv.

In Brandenburg wurde diese Debatte öffentlich wahrgenommen, weil berichtet wurde, dass das Land angeblich 14 Afghanen im Jahr 2016 zurück geführt hätte. Diese Angaben beruhen auf einem Interview des Pressesprechers des Brandenburger Innenministeriums. DIE LINKE hat

sich mehrfach gegen Rückführungen nach Afghanistan ausgesprochen. Und das Land hat sich an den öffentlich kritisierten Sammelabschiebungen nach Afghanistan nicht beteiligt – im Gegensatz zu den "grün" regierten oder mitregierten Ländern, außer Thüringen und Berlin.

Die Recherchen der letzten Wochen ergaben, dass die Angaben aus dem Innenministerium über angebliche "Zwangsrückführungen" nicht korrekt waren. Von den 14 Fällen waren 10 so genannte "Dublin-Fälle", das heißt entsprechend dieser europäischen Vereinbarung können Personen in die Europäischen Länder zurück geführt werden, in die sie zuerst eingereist sind; hier waren es unter anderem Schweden und Bulgarien. Bei den weiteren 4 Personen handelte es sich um rückkehrwillige Afghanen, deren Flug in die Heimat durch den Bund bezahlt wurde.

Das heißt, die Aussage der LINKEN, dass wir uns nicht an Sammelabschiebungen beteiligen, ist korrekt. Unabhängig davon ist die

Diskussion über die Sicherheitslage in Afghanistan zwingend notwendig, um Menschen vor Abschiebung in Kriegsgebiete zu schützen. Ein "Abschiebestopp" – wie von den Grünen gefordert – greift jedoch nur für maximal 3 Monate und klärt nicht die Sicherheitseinschätzung für ein Land generell. Deshalb haben LINKE und SPD den Antrag abgelehnt und im Gegenzug erstens beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, die Situation in Afghanistan neu zu bewerten, und zwar unter Berücksichtigung der Einschätzung internationaler Organisationen. Zweitens sollen die Möglichkeiten des Ausländergesetzes und der EU-Regelungen für eine Prüfung jedes Einzelfalles konsequent angewendet werden. Die zuständigen Ausländerbehörden in den Kreisen haben diese Aufgabe schon bisher mit großer Verantwortung wahrgenommen. Drittens wird für neu ankommende Flüchtlinge bereits in der Erstaufnahme eine unabhängige Verfahrensberatung eingeführt, um den Einzelfall in den Mittelpunkt zu rücken.

## Kommunalpolitische Abende

Von Petra Bochow

Im Jahr 2017 bietet die Regionalstelle Barnim des "kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e.V." monatliche Informationsveranstaltungen zur Weiterbildung gewählter Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker an. Die Veranstaltungen finden jeweils um 18 Uhr in Biesenthal, im Gasthof „Zur alten Eiche“ statt.

Die nächsten Themen werden sein: **am 31. März** – Kommunalhaushalt lesen und verstehen; **am 28. April** – Leitbild Brandenburg – Visionen für BARUM.

Um Anmeldung wird gebeten unter: 03334-385488 oder [kf-barnim@gmx.de](mailto:kf-barnim@gmx.de).

## Klausur zur Verwaltungsstrukturreform

Von Lutz Kupitz

Zu einer gemeinsamen Klausurtagung treffen sich die Kreistagsfraktionen und Kreisvorstände der LINKEN am **1. April**. Dabei wird es vor allem um die vom Land Brandenburg initiierte Verwaltungsstrukturreform gehen. Im Barnimer Kreistag wird die Stellungnahme an das Land vorbereitet, die durch den Kreistag am 15. März beschlossen werden muss. Die LINKEN hat sich in die Erarbeitung eingebracht und ihre Vorschläge wurden in den Entwurf der Stellungnahme aufgenommen.

## SeiteneinsteigerInnen besser qualifizieren

OW-Beitrag/bc

Am 3. März beschloss der Landtag den gemeinsamen Antrag von LINKEN, SPD und Grünen, dass die Landesregierung bis Jahresende ein Konzept zu erarbeiten hat, wie Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf besser qualifiziert werden können.

Bis 2022 muss Brandenburg rund 1.000 Lehrkräfte jährlich einstellen, um ausscheidende Lehrerinnen und Lehrer zu ersetzen und angemessene Klassenstärken zu erhalten. "DIE LINKE will diesen Bedarf durch attraktivere Arbeitsbedingungen möglichst mit ausgebildeten LehrerInnen abdecken", erklärt deren bildungspolitische Sprecherin Kathrin Dannenberg. "Aber wir werden uns auch auf Menschen stützen, die als SeiteneinsteigerInnen die Chance auf den Lehrerberuf nutzen wollen. Darum sind ausreichende Angebote für deren Weiterqualifizierung mit hohen Qualitätsstandards notwendig. Möglichst viele von ihnen sollen im Laufe der Zeit vollwertige Lehrkräfte werden." Dabei gehe es auch um eine bessere Beratung und Unterstützung – besonders an den Schulen selbst.

Frauen-  
geschichte(n)

**Maria Gräfin von Maltzan**



Von Gisela Zimmermann

Maria Gräfin von Maltzan wurde am 25. März 1909 als jüngstes von sieben Kindern auf Schloss Militsch in Schlesien geboren. Sie wuchs umgeben von Wäldern und Seen auf, wodurch sie eine ausgeprägte Tierliebe entwickelte. Ihr Vater unterstützte das und bestärkte sie auch in ihrer Neigung, sich für Schwächere einzusetzen. Als er starb, war sie erst 12 Jahre alt. Mit ihrer Mutter, die sie zu einer gehorsamen Tochter erziehen wollte, hatte Maria immer wieder Streit aufgrund ihres rebellischen Wesens.

Da sie unbedingt Tierärztin werden wollte, wechselte sie heimlich auf die naturwissenschaftliche Oberschule in Berlin. Nachdem sie Zoologie, Botanik und Anthropologie studiert hatte, studierte sie in Berlin Veterinärmedizin, wo sie auch promovierte. Die mit dem Kabarettisten Hillbring 1935 geschlossene Ehe hielt nur ein Jahr. Maria erkannte frühzeitig die drohende Gefahr durch die Nazi-Diktatur. Für eine katholische Widerstandsgruppe schmuggelte sie antifaschistisches Pressematerial ins Ausland und beteiligte sich an einer Rettungsaktion, bei der Juden schwimmend über den Bodensee an die Schweizer Grenze gebracht wurden.

In Berlin beteiligte sie sich an weiteren Rettungsaktionen für Juden, zum Beispiel an der Aktion „Schwedenmöbel“, und arbeitete in der Widerstandsgruppe „Solkreis“ mit. Ab 1942 lebte sie mit dem jüdischen Literaten Hans Hirschel zusammen, den sie immer wieder vor der Gestapo verstecken musste. Ihr gemeinsames Kind starb kurz nach der Geburt. Nachdem ihr Mann 1975 gestorben war, eröffnete sie in Berlin-Kreuzberg eine eigene Tierarztpraxis. Dort behandelt sie die Tiere der Punker unentgeltlich, was sie sehr beliebt machte.

1987 wurde sie von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem mit dem Ehrentitel Gerechte unter den Völkern geehrt.

Am 12. November 1997 starb Maria in Berlin.

# Politischer Ascherfreitag

Volles "Ofenhaus" am 3. März beim Kabarettauftritt der Bernauer LINKEN



OW-Beitrag/lk



Beim traditionsreichen politischen "Ascherfreitag" der Bernauer LINKEN wurde am 3. März wieder alles auf die Schippe genommen, was in Bernau im letzten Jahr so passiert ist: Von Brauereigenossenschaft, über Hexenausstellung bis – natürlich – Rathausneubau. Aber auch überregionale Themen wie die Kreisreform oder die Merkel-Republik wurden nicht ausgelassen. Vorgetragen von prominenten Bernauer LINKEN:

**Oben:** Rappelvoll war es im "Ofenhaus".

**Links:** Bundestagskandidatin Kerstin Kühn und Dagmar Enkelmann.



Auch der Kreisvorsitzende der Barnimer LINKEN, Sebastian Walter, geht traditionell in die "Bütt".  
Fotos: fm

**Gewinner der Februarausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: R. Hahn, Wandlitz, das Lösungswort der Februar-Ausgabe lautete: Fake News; **Lösungswort dieser Ausgabe:** die grau unterlegten Felder ergeben – in der richtigen Reihenfolge gelesen – eine Partei, die für soziale Gerechtigkeit eintritt; **bis zum 2. April 2017 an:** Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Preisrätsel

**Waagrecht:** 1. Gewinn, 5. Kultbild d. Ostkirche, 9. altröm. Obergewand, 13. Kleinstorganismus, 14. Laubbaum, 15. Fehllös, 17. Negation, 19. Schlagvariante beim Tennis, 20. längster Fluss d. Schweiz, 21. eine dt. Gewerkschaft (Abk.), 22. Fischfanggerät, 24. isländ.: Lava, 25. ident. Kopie (Mz.), 28. hellster Stern im Sternbild Schwan, 29. lat.: Geruch, Duft, 30. Weizenart, 32. Verwandter, 34. Auszeichnung, 36. Einkaufsort, 39. Gruppe v. Wildschweinen, 40. Edelgas, 42. Teigware, 44. umgangsprachl.: hilfreicher Mensch, 45. Austrittsöffnung d. Darms, 46. Wildrind, 49. Haltbarmachung v. Lebensmitteln, 50. Nebenfluss d. Weser, 52. Grünfläche, 53. Autokennz. f. einen Brandenburger Landkreis, 55. Milchprodukt, 56. jüd. Fabelwesen, 57. Pflanzenspross, 58. Gattung d. Sauergrasgewächse, 59. Edelstein, 60. belichteter Bildträger (Fotografie), 61. Ölpflanze, 62. beraten, 63. Theaterplatz

**Senkrecht:** 1. Lied, 2. Titelfigur bei E. Kästner, 3. Wacholderbranntwein, 4. Entwicklungsrichtung, 5. norweg. Schriftst. (1828-1906), 6. Teil mancher Häuser, 7. Präposition, 8. Heiratssymbol, 9. bayr.-salzburg. Adelsgeschlecht, 10. Sohn d. Judas, 11. pointenreiche Erzählung, 12. Höchstleistung, 16. Stadt i. Sachsen-Anhalt, 18. holländ. Käsesorte, 23. Sportart, 26. männl. dt. Vorname, 27. Kürbisgewächs, 31. Hahnenfußgewächs, 33. trop. Wasserpflanze, 35. genau dort,

37. Atomkernbaustein, 38. Abtrünniger einer Religion, 40. antike myken. Stadt, 41. Abstellplatz f. Autos, 43. Alarmgerät, 47. Pflanzenkeim, 48. Staat im Himalaya, 50. ital. Schaumwein, 51. Farbton, 53. flüssiges Magma, 54. kleine Brücke, 57. engl. Anrede

